

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heusaallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 400  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 pbbn d

## Inhalt

Katharina Focke MdB  
sieht in der Anzeigen-  
kampagne des Entwick-  
lungshilfeministeriums  
einen Erfolg

Seite 1/2

SPD-Fraktionsvorstand  
diskutierte mit Stimm-  
abweichlern beim Kon-  
taktsperre-Gesetz

Seite 3

Volkmar Gabert analy-  
siert Parteitag der  
Labour-Party

Seite 4/5

Anke Martiny-Clotz MdB  
zum familienpolitischen  
Programm der CSU

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 197

13. Oktober 1977

Die Macht der Vorurteile

-----  
Die Anzeigenkampagne des BMZ ist ein großer Wurf

Von Dr. Katharina Focke MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit

Auch weniger aufmerksamen Illustrierten-Lesern kann es nicht entgangen sein: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) macht zur Zeit eine Anzeigenkampagne. Mit seinen Anzeigen will das Ministerium die Bürger in unserem Land über unsere Entwicklungspolitik informieren. Mehr noch, es hat sich vorgenommen, die Vorurteile der Bevölkerung gegenüber "der Entwicklungshilfe" abzubauen. Denn es hat in einer umfangreichen Studie festgestellt, daß Vorurteile und Mißtrauen weit verbreitet sind und tief sitzen bei vielen unserer Mitbürger.

Das ist ein schlimmer Zustand. Weil wir in naher Zukunft wichtige Entscheidungen treffen müssen, wie wir zusammen mit unseren Partnern unter den Industrieländern das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt neu ordnen, wie wir vor allem mehr Mittel zur Verbesserung der Situation in den Entwicklungsländern aufbringen können. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Steuerzahler. Die gewinnen wir nur, wenn wir sie darüber informieren, was notwendig ist. Diese Information muß die Bundesregierung geben. Sie ist sogar

dazu verpflichtet, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über Öffentlichkeitsarbeit Anfang des Jahres festgestellt hat.

Informationsarbeit über Entwicklungspolitik hat bis jetzt nur wenige zum Hinsehen veranlaßt. Informiert wurden hauptsächlich diejenigen, die sich für die Sache interessierten, sich engagierten. Es ist wichtig, diese Verbündeten bei der Stange zu halten, ihnen Argumente an die Hand zu geben, mit denen sie ihrerseits Aufklärung leisten. Aber die Bundesregierung muß die Bürger auch direkt ansprechen. Und sie muß dies in einer Form tun, die Aufmerksamkeit erweckt, die also wirksam ist. Dies ist dem BMZ mit seinen Anzeigen gelungen. Viele Menschen reden über die Anzeigen. Es gibt einige kritische und viele positive Stimmen. Dies ist meist der Fall, wenn die Regierung etwas tut. Worüber sich aber alle freuen müßten, ist das, was durch diese Kampagne ausgelöst wurde: Plötzlich ist ein Thema, das vorher kaum jemanden so recht interessierte, das bestenfalls lauwarm war, ein richtig heißes Thema geworden. Kein Zweifel, dies liegt auch an der unkonventionellen Aufmachung der Anzeigen.

Der Leser wird unverblümt mit seinen eigenen Vorurteilen gegenüber den Entwicklungsländern, gegenüber der Entwicklungshilfe konfrontiert. Schon in der Überschrift: "Helfen wir der Wirtschaft der Dritten Welt, damit sie unsere eigene kaputt macht?" oder "Wozu brauchen die ein Dach über dem Kopf, wo doch das ganze Jahr die Sonne scheint?". Ein großes Illustriertenphoto verdeutlicht, welches Vorurteil gemeint ist. "Prima", denken die Leute, "Endlich sagt mal jemand, was ich schon lange denke". Und dann lesen sie: "Der Wohlstand unseres Landes ist von unserem Export abhängig. Und allein im letzten Jahr haben die Länder der Dritten Welt fast ein Viertel unserer Exporte abgenommen und dafür mehr als 50 Milliarden Mark bezahlt. Eine Million Arbeitsplätze sind heute schon von Aufträgen aus den Entwicklungsländern abhängig. Es liegt also in unserem eigenen Interesse, der Wirtschaft der Dritten Welt zu helfen." Plötzlich bekommt der Leser Informationen, die so gar nicht in sein Weltbild passen.

Die Anzeigen fangen an, ihren Zweck zu erfüllen: Die Leute fühlen sich angesprochen, fordern weitere Informationen an. Das beweisen die rund 2.000 Zuschriften auf die ersten Anzeigen. Die Presse schreibt darüber und trägt mit dazu bei, daß die breite Diskussion über Vorurteile und ihre Überwindung in Gang kommt. Dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung wird so am besten entsprochen. Der Entwicklungspolitik wird Spielraum geschaffen, den sie braucht. Und den Entwicklungsländern und ihren Botschaften in Bonn wird auch geholfen: Denn sie wissen selbst am besten, daß sie vor lauter Vorurteilen Informationen über ihre Länder kaum loswerden. Sogar der Bund der Steuerzahler, der vorschnell von herausgeschmissenem Geld sprach, wird erkennen, daß so effektiv bisher kaum eine Maßnahme der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit war.

(-/13.10.1977/ks/ca)

+ + +

### Gestärkt und stabil

---

Die große Konfrontation mit den Stimmabweichlern blieb aus

Wenn nicht alles täuscht, dann geht die SPD-Bundestagsfraktion aus der Diskussion um das Abstimmungsverhalten von 16 ihrer Abgeordneten bei der Verabschiedung des sogenannten Kontaktsperregesetzes gestärkt hervor. Dies wurde bei der sechsstündigen Aussprache zwischen Fraktionsvorstand und den Stimmabweichlern am Mittwochabend deutlich.

Die große Konfrontation, der Riesenkrach, den manche Beobachter erwarteten, manche wohl auch erhoffen mochten, blieb aus. Statt dessen wurde zäh und mühsam darum gerungen, daß sich das Abstimmungsverhalten vom 29. September in Zukunft nicht wiederholen wird. Denn allen Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion ist klar, daß bei den Mehrheitsverhältnissen im Deutschen Bundestag Verlaß sein muß auf jede Stimme, es sei denn die Regierungsfähigkeit der SPD wird zur Disposition gestellt. Doch in dieser Frage ist ein Dissens nicht feststellbar.

Die bisherige Diskussion zeigte, daß es sich auch bei den sachlichen Differenzen um das Kontaktsperregesetz um durchaus ausräumbare Meinungsverschiedenheiten handelt und daß die Abstimmung wohl ganz anders ausgesehen hätte, wäre sie nicht nach einer Blitzbehandlung im Parlament und in seinen Gremien am 29. September, sondern nach eingehender Diskussion einige Wochen später aufgerufen worden. Darauf scheint sich die ganze "Affäre" letztendlich reduzieren zu lassen.

Die Motive von Abgeordneten, denen in einer für sie entscheidenden Frage von Unsicherheit geplagt die Zustimmung zur Mehrheitsmeinung der Fraktion schwerfällt, müssen anerkannt werden. Daß aber im vorliegenden Fall unverzüglich gehandelt werden mußte, um nicht noch größeren Schaden anzurichten, muß persönliche Zweifel an eine spätere Rangstelle verweisen.

Bei allen Skrupeln, die sie quälen mögen, müssen sich jene fragen lassen, die auf ihr abweichendes Votum nicht verzichten wollten, ob sie denn auch auf das Risiko der Regierungsfähigkeit der Koalition hin in dieser Frage sich so verhalten hätte. Diese Antwort muß vor allem Bundeskanzler Helmut Schmidt bekommen, der schließlich wissen muß, auf welche Bataillone er zählen kann. Und diese Abgeordneten müssen sich weiter fragen lassen, ob sie nicht der Meinung sind, daß ein Alfred Dregger im Kanzleramt, ausgestattet mit einer entsprechenden Mehrheit, erst die eigentliche Gefahr für unseren Rechtsstaat bedeuten würde, gegenüber der das zugegebenermaßen nicht schöne, aber angesichts terroristischer Gewaltverbrechen nun einmal notwendige Kontaktsperregesetz sich verhältnismäßig harmlos ausmacht. Auf die Wertigkeit kommt es an.

Diese Fragen und andere, die sicher auch noch in der SPD-Bundestagsfraktion eine Rolle spielen werden, sind inzwischen angesprochen worden. Der Ton der Aussprache und das Bemühen um Sachlichkeit lassen den Schluß zu, daß am Ende dieser Diskussion eine gefestigte und stabile SPD-Bundestagsfraktion steht, auf die Bundeskanzler Helmut Schmidt sich verlassen kann.

Helmut G. Schmidt  
(-/13.10.1977/ks/ben)

Die Labour-Party hat wieder Tritt gefaßt

---

Exponenten aller Flügel um Gemeinsamkeit bemüht

Von Volkmar Gabert MdL

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Brighton erlebte eine kämpferische Labour-Party, die ihren Premierminister Jimmy Callaghan nach seiner ausgezeichneten Rede stehend mit mehrminütigem Applaus bedachte. Ein Unterschied wie Tag und Nacht zu der Konferenz in Blackpool vor einem Jahr. Nach Blackpool hatten viele Beobachter den Eindruck, daß man der Labour-Party nicht mehr viel Zeit geben könnte, weiter an der Regierung zu bleiben. In Blackpool redete Callaghan bei den Delegierten wie zu einer Gummiwand und erhielt zum Schluß einen Höflichkeitsapplaus. Schatzkanzler Dennis Healey wurde in Blackpool fast ausgebuht. In Brighton bedachten ihn die Delegierten mit großem Beifall und seine Zehn-Minuten-Rede, an der er an Deutlichkeit nichts fehlen ließ, wurde immer wieder von Applaus unterbrochen. Dabei sagte Healey keinesfalls nur Freundlichkeiten nach allen Seiten.

Die Labour-Party scheint wieder Tritt gefaßt zu haben. Die Exponenten aller Flügel waren in ihren Auftreten darum bemüht, das Bild der Gemeinsamkeit nicht allzu sehr zu stören. Die Mehrheit in der Partei und die großen Gewerkschaften stützen die Regierung. Die Gewerkschaften wissen anscheinend, daß ein Sturz der Labour-Regierung für sie und die Arbeitnehmer nur von Schaden sein kann.

Die Regierung konnte in Brighton auch eine Reihe von Erfolgen aufweisen. Beim Kampf gegen die Inflation zeigen sich die ersten positiven Resultate. Die Wirtschaft machte in einigen Bereichen den Eindruck einer Stabilisierung. Es besteht Hoffnung, der Arbeitslosigkeit erfolgreicher entgegen zu treten wie bisher. Im steuerlichen Bereich werden die Arbeitnehmereinkommen entlastet, und es gibt Verbesserungen im

Bereich der Sozial- und Bildungspolitik. Die Delegierten haben das anerkannt.

Callaghan ist heute eine fast unumstrittene Führungspersönlichkeit der Labour-Party. Seine Rede war der Höhepunkt der Konferenz. Sie war deutlich, realistisch-optimistisch, kämpferisch und erhob den begründeten moralisch-politischen Anspruch, daß der demokratische Sozialismus die Zukunft besser meistern kann als konservative Kräfte. In vielen Überschriften wurde er als "Moses-Jimmy" bezeichnet, der die Partei und das britische Volk durch die Wüste führt.

Die Partei weiß, daß sie die nächsten Wahlen gewinnen muß. Dieses Ziel ist eine einigende Kraft. Das gilt auch für die großen Gewerkschaften. Sicher können die Anhänger einer aktiven Europa-Politik mit Brighton nicht ganz zufrieden sein. Trotzdem kann immerhin gesagt werden, daß der Ruf nach dem Ausscheiden aus der Gemeinschaft doch stärker durch den Ruf nach Änderung an den römischen Verträgen ersetzt wird. Man erkennt doch immer mehr und mehr die Bedeutung der Mitgliedschaft von Großbritannien in der Europäischen Gemeinschaft.

Interessant ist vielleicht noch festzustellen, daß eigentlich eine innerparteiliche Frage die Konferenz am meisten erregt hat, und zwar etwas, was bei uns selbstverständlich ist: Die Diskussion darüber, ob sich Abgeordnete nach ihrer Legislaturperiode einer Aufstellungskonferenz der Partei zu stellen haben oder nicht. Am Rande der Konferenz und in den nichtöffentlichen Sessions wurde auch viel über die Notwendigkeit der Veränderung der Parteiorganisation gesprochen. Eine für die Labour-Party sicher für die Zukunft entscheidende Frage. Alles in allem gibt Brighton Anlaß, der Labour-Party gute Chancen für die künftige politische Führung im Lande einzuräumen. (-/13.10.1977/vo-he/ja)

+ + +

Dunstkreis um die Familie  
-----

CSU tut sich schwer, ein familienpolitisches Programm zustande zu bringen

Von Dr. Anke Martiny-Glotz MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes

"Zielbewußt und zuverlässig" gibt sich die CSU seit geraumer Zeit. So will sie auch die Wahlen 1978 bestehen. Um nun nicht gerade den Eindruck zu erwecken, man wurstele dort im Vollgefühl seines 62prozentige Wählerstimmenanteils pragmatisch vor sich hin, lagen dem CSU-Parteitag kürzlich einige theoretische Ausarbeitungen vor. Darunter war ein familienpolitisches Programm, beschlossen von der Landesvertreterversammlung der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft am 25. Juni dieses Jahres in Amberg. Dazu hatten die Frauenunion und die Junge Union Änderungsvorschläge gemacht.

So weit, so gut; auch wenn das Ergebnis solcher Bemühungen nicht gerade überwältigend ist. Die Antragskommission schlug nämlich unter Berücksichtigung der gemachten Vorschläge einen wesentlich knapperen Antrag zur Familienpolitik vor, in dem das entscheidende - nämlich ein familienpolitisches Langzeitprogramm - einer neu einzusetzenden Parteivorstandskommission übertragen wird. Nicht mehr als Material sind die programmatischen Vorschläge der Arbeitsgemeinschaften dazu.

Von dem "Sofortprogramm", das die "Verbesserung der Lebensgrundlage der Familie" zum Ziel hat, betreffen vier der angeführten sieben Punkte den Freistaat Bayern. Wieso eigentlich sind sie dann nicht längst in die Tat umgesetzt, wenn die CSU doch die "materielle und immaterielle Benachteiligung der Familie", die "unzureichende Anerkennung der pflegerischen und erzieherischen Leistungen der Eltern" und "zunehmend familienfeindliche Strömungen" so massiv anprangert? Die soliden 62 Prozent müßten doch eigentlich, wenn man dies ernsthaft will, eine hinreichende Basis für zins- und tilgungsbegünstigte Familiengründungsdarlehen auf Landesebene, für ein bayerisches Sonderbauprogramm für kinderreiche und junge Familien, vor allem im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, aber auch für den Ausbau der Ehe- und Familienberatung und der Familien- und Müttererholung, sowie einer Landesstiftung zum Schutz des noch nicht geborenen Lebens abgeben?

Die drei den Bund betreffenden Punkte schrumpfen auf zwei zusammen, da das Kindergeld ja gerade angepaßt wurde. Die ferner geforderten Steuerfreibeträge für Kinder widersprechen den sozialdemokratischen Vorstellungen, weil sie die ohnehin finanziell besser dastehenden Familien wieder begünstigen würden. Es ist nicht zu bestreiten, daß Familien mit mehreren Kindern gerade im unteren Einkommensbereich stark belastet sind. Man sollte sich um Entlastung ernsthaft bemühen. Aber die höheren Einkommensgruppen haben solche Entlastung vergleichsweise weniger nötig. Der verbleibende letzte Punkt betrifft das Recht der elterlichen Sorge. Hier wollen Sozialdemokraten das Recht der Kinder auf Erziehung in gerade nicht funktionierenden Familien besonders schützen. Die CSU meint demgegenüber, das Elternrecht betonen zu sollen. Hier liegen ideologische Unterschiede, die man nach Möglichkeit versachlichen sollte.

Der schließlich verabschiedete Antrag verhält sich zu den Programmen etwa wie Stroh zum Getreidehalm; die Körner sind herausgedroschen. Das soll heißen: gründlichere Überlegungen darüber, was die Familie in unserer Gesellschaft leisten kann und leisten soll und wo sie der staatlichen Hilfe oder des staatlichen Schutzes bedarf, waren offenkundig wieder einmal nicht diskussionswürdig. Um so mehr verblüfft die Nonchalance, mit der familienpolitische Ladenhüter als "letzter" Schrei verkauft werden sollen. Zielbewußt und zuverlässig?

(-/ .10.1977/hi/hgs)